

Energiewende im Kreuzverhör

HESO-Arena 2014 Vertreter aus Politik und Wirtschaft debattieren über Chance und Risiko

VON ELISABETH SEIFERT

Wie lassen sich die Pläne des Bundes, aus der Atomkraft auszusteigen, wirtschaftsverträglich umsetzen? Sind Verbote energieintensiver Anlagen statthaft? Und: wie stehts mit Lenkungsabgaben auf Atomstrom oder CO₂? Fragen, die auch die hiesigen Unternehmen umtreiben - und hitzige Debatten provozieren. Zum zweiten Mal bereits haben die Unternehmerinitiative Neue Energie Solothurn und die Lokale Agenda 21 Kanton Solothurn anlässlich der HESO eine eigene kleine «Arena»-Diskussion zum Thema organisiert. Verfolgt haben diese im Solothurner Uferbau rund 50 Interessierte.

Als Domppter der - ausschliesslich männlichen - Wortführer wirkte, ganz stilecht, Urs Wiedmer, ehemaliger Moderator der SRF-«Arena» und jetzt Bundeshausredaktor. Im inneren Kreis lieferten sich vor allem nationale Experten einen Schlagabtausch, Solothurn war vertreten durch Handelskammer-Direktor Daniel Probst. Unternehmer aus dem Kanton beobachteten und kommentierten das Geschehen von der zweiten Reihe aus (siehe Text rechts).

Die Seite der Skeptiker

«Wir brauchen künftig mehr Strom, und da ist es gut, wenn wir von fossilen Energieträgern wegkommen», plädierte selbst «Weltwoche»-Redaktor Alex Baur für eine Versorgung mit möglichst nachhaltiger Energie. Es zeuge aber von «ideologischer Verblendung» zu glauben, dass Wind- und Sonnenenergie in einem grösseren Ausmass den stets steigenden Strombedarf decken können. Die Speicherproblematik sei nach wie vor ungelöst. Damit aber führe eben doch kein Weg an der «günstigen» Atomkraft vorbei. Nicht wirklich eingedämmt werden könne der Stromhunger zudem durch die «planwirtschaftlichen» Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz.

Ebenfalls auf der Seite der Skeptiker positionierte sich Handelskammer-Direktor Daniel Probst. Obwohl er daran zweifelt, dass in der Schweiz ein neues AKW gebaut wird, stellte er die Frage in den Raum: «Wie kommen wir mit der Energiewende zum nötigen Strom?» Auch er thematisierte das Problem der - saisonalen - Speicherung erneuerbarer Energieträger wie Sonne und Wind. Für «problematisch» erachtet Probst Vorschriften, um Firmen zu mehr Energieeffizienz anzuhalten. «Wenn es sich rechnet, dann werden die Massnahmen umgesetzt.» Lenkungsabgaben, die nicht in Abstimmung mit dem Ausland



«Arena» im Solothurner Uferbau. Im inneren Kreis (v.l.): «Weltwoche»-Redaktor Alex Baur, der Solothurner Handelskammer-Direktor Daniel Probst, Moderator Urs Wiedmer (SRF), Daniel Büchel (Vizedirektor des Bundesamtes für Energie) und Nick Beglinger (Präsident von Swisseclean).
TINA DAUWALDER/THOMAS ULRICH

SOLOTHURNER UNTERNEHMER KOMMEN ZU WORT

«Es braucht mehr Planungssicherheit»

Klare politische Rahmenbedingungen, die den Unternehmern Sicherheit geben. Dafür warb Thomas Jäggi von der EES Jäggi-Bigler AG, die im Bereich Energieeffizienz aktiv ist. Obwohl seine Firma derzeit von der Subventionierung erneuerbarer Energien profitiert, rechnet er damit, dass ein solches Anreizsystem bald unnötig wird. «Planungssicher-

heit» ist auch für Ulrich Münch, Bereichsleiter Stromvertrieb bei der AEK, von zentraler Bedeutung. Dadurch seien die Unternehmen bereit, die nötigen Investitionen zu tätigen. Gemäss Beat Späti von der Späti Holzbau AG gelingt die Energiewende nur dank einer «neuen Grundhaltung». Hans Oppliger von der Delicall AG erachtet eine teure Energieanalyse für

durchaus sinnvoll, weil sich so langfristig Kosten sparen lassen. Jürg Liechti, CEO der Neosys AG, plädiert für eine «gewissenhafte» Diskussion sämtlicher Zielkonflikte auf dem «schwierigen Weg in eine nachhaltige Energiezukunft». Die Energiefachstelle des Kantons biete den Unternehmen in erster Linie klärende Information, meinte Christoph Bläsi. (ESF)

erfolgen, werden zudem dazu führen, dass energieintensive Betriebe ins Ausland abwandern.

Die Seite der Befürworter

«Die Atomkraft ist nur deshalb so günstig, weil die Risiken und die Kosten für die Endlagerung nicht in den Preis einfließen», sagte der Präsident von Swisseclean, Nick Beglinger. Auch in der Wirtschaft habe sich mittlerweile die Meinung durchgesetzt, dass es technisch machbar ist, den

Atomstrom mit anderen Arten der Stromproduktion zu ersetzen. «Mit Smartgrid, der Speicherung erneuerbarer Energien und Effizienzmassnahmen ist die Wende zu schaffen.» Von Vorschriften und Verboten hält auch Beglinger nichts. Umso mehr brauche es jetzt Lenkungsabgaben und auch eine ökologische Steuerreform, welche auf einer Vollkostenrechnung der Energieträger beruht. Dadurch würde dann auch die Subventionierung erneuerbarer Energien unnötig.

Daniel Büchel, Vizedirektor des Bundesamtes für Energie, wehrte sich dagegen, Effizienzförderungsmaßnahmen als «planwirtschaftlich» zu bezeichnen. «Viele Firmen wissen oft gar nicht, wie viel Energiekosten sie einsparen könnten.» Hier gelte es, noch besser zu informieren. Und was die immer wieder kritisierte Subventionierung erneuerbarer Energien betrifft, meinte Büchel: «Es gibt heute keinen nicht subventionierten Energieträger, der wirklich rentiert.»

Pistenverlängerung I

GLP: «Regierung in Interessenskonflikt»

Die Grünliberalen des Kantons Solothurn (GLP) orten einen Interessenskonflikt des Kantons beim Regionalflughafen Grenchen. «Der Kanton Solothurn hält zurzeit einen Sechstel des Aktienpakets des Regionalflughafens Grenchen (RFP)», schreiben sie in einer Medienmitteilung. «Gleichzeitig ist es Aufgabe des Kantons, namentlich des Regierungsrats, zuhanden des Bundes eine raumplanerische Interessensabwägung zwischen dem geplanten Pistenausbau und der Schutzzone Witi vorzunehmen.» Die GLP zweifelt an der Unvoreingenommenheit der Solothurner Regierung: «Es liegt auf der Hand, dass ein Eigner und die Bewilligungs-/Aufsichtsbehörde andere Interessen haben.» Als weitere Beispiele von Interessenskonflikten nennen die Grünliberalen die Beteiligungen an Alpiq und der soH. Sie fordern «die konsequente Bereinigung des kantonalen Aktien-Portfolios nach liberalen Grundsätzen».

Die GLP stellt auch die Frage, ob dem Regierungsrat eine neutrale Interessensabwägung basierend auf den vom RFP selbst gelieferten Datengrundlagen möglich sei. «In der Vergangenheit haben sich diverse Aussagen und Beteuerungen vonseiten des Flughafens als fehlerhaft und unwahr herausgestellt», schreibt die GLP. (OTR)

Pistenverlängerung II

328 Bauern gegen Osterweiterung

Nun haben sich auch die Landwirte der Grenchner Witi formiert. Diese Woche haben sie 328 Mitgliedschaften an das Komitee «Gegen Osterweiterung Flughafen Grenchen» übergeben. Für die Witi-Bauern kommt eine Pistenverlängerung nicht infrage. Bei der Übergabe am Rande des Flughafenareals sagte ihr Sprecher, Thomas Marti: «Durch den unnötigen Ausbau geht der Landwirtschaft hektarenweise wertvollstes Ackerland verloren.» Gerade erst habe der Kantonsrat beschlossen, dass keine Fruchtfolgeflächen für Öko-Massnahmen verbraucht werden dürfen. Die Landwirtschaft würde gleich zweimal zur Kasse gebeten: «Einmal durch den Landverlust durch die Pistenverlängerung, zum anderen durch die zwingende Ausscheidung von ökologischen Ausgleichsflächen.» Durch die Pistenverlängerung würden zudem wichtige Zufahrtswege gekappt. Mit dem Beitritt der Landwirte zählt das Komitee annähernd 2000 Mitglieder. (MGT/SZR)

Keine spezielle Förderung für die «Top-Standorte»

Hauptstadtregion Der Regierungsrat hat nicht die Absicht, die drei Top-Standorte im Perimeter der Hauptstadtregion gegenüber ändern zu bevorzugen.

VON UELI WILD

Im Juni haben die fünf zur Hauptstadtregion Schweiz gehörenden Kantone (BE, SO, FR, NE, VS) eine Absichtserklärung unterzeichnet, laut der sie ihre besten Entwicklungsstandorte möglichst rasch für die Nutzung durch bestehende oder neu zuziehende Unternehmen zur Verfügung stellen wollen. Im Kanton Solothurn umfasst der Perimeter der Hauptstadtregion im Wesentlichen den oberen Kantons- teil. Im Osten reicht er bis ins obere Gäu. Drei Entwicklungsstandorte aus diesem Perimeter fanden Eingang in die Top 12 der Hauptstadtregion: Niederbipp/Oensingen, Grenchen/Bettlach sowie Riedholz/Attisholz Nord/Luterbach.

In der Folge wandte sich der Oltner SP-Kantonsrat Markus Ammann mit einer Interpellation an die Regierung in der Ab-

sicht, zu erfahren, was es mit der «speziellen Förderung» dieser drei «Top-Standorte» auf sich habe.

Nun schreibt der Regierungsrat in seiner Stellungnahme, er beabsichtige keine «spezielle Förderung» gegenüber den andern attraktiven Entwicklungsgebieten ausserhalb der Hauptstadtregion. Die Vermarktung der «Top-Entwicklungsstandorte Arbeiten» solle über die bewährten Kanäle der kantonalen Wirtschaftsförderung erfolgen. Da «Top-Entwicklungsstandorte» ein von der Raumplanung ausgelöstes Projekt sei, erfolge die Koordination im Kanton Solothurn über das Amt für Raumplanung (ARP). Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) arbeite bei der konkreten Ansiedlung von Firmen auf den entsprechenden Arealen mit. Die Hauptstadtregion dagegen, betont der Regierungsrat, betreibe keine Standortpromotion für einen einzelnen Standort. Und die internationale Promotion des Kantons Solothurn erfolge über die Greater Zurich Area (GZA).

Vorteile verspricht sich die Kantonsregierung in einer künftig engeren Zusammenarbeit innerhalb der Hauptstadtregion und in einem stärkeren gemeinsamen Auftreten gegen aussen. Mit Blick auf die Umsetzung der Absichtserklärung

22

Standorte im Kanton sind in der Kategorie «Entwicklungsgebiet Arbeiten» aufgeführt. Neun davon liegen in der Hauptstadtregion - darunter sind auch die drei «Top-Standorte» Niederbipp/Oensingen, Grenchen/Bettlach sowie Riedholz/Attisholz Nord/Luterbach.

vom 12. Juni sind gemäss Regierungsrat vier Massnahmen vorgesehen: Die Top-Entwicklungsstandorte sollen in den kantonalen Richtplänen verankert werden. Zuhanden der Wirtschaftsförderung sollen für jeden der Standorte Faktenblätter erarbeitet werden, welche diese samt Umfeld mit ihren Besonderheiten darstellen. Mit einer «gemeinsamen, grenzüberschreitenden koordinierten Standortentwicklung» soll die Verfügbarkeit der Standorte gefördert werden. Schliesslich sollen über Best Practices Erfahrungen sichtbar und breit zugänglich gemacht werden.

«Aus kantonalen Sicht gleichwertig»

Das übergeordnete Koordinations- und Steuerungsinstrument für die räumliche Entwicklung sei der kantonale Richtplan, hält der Regierungsrat fest. Und er weist darauf hin, dass dieser 22 Standorte im Kanton in der Kategorie «Entwicklungsgebiet Arbeiten» aufführt. 9 davon liegen in der Hauptstadtregion - darunter sind auch die drei «Top-Standorte». Diese 22 Standorte sind, wie der Regierungsrat nun in seiner Stellungnahme zur Interpellation Ammann schreibt, «aus kantonalen Sicht gleichwertig und setzen ge-

gen aussen bewusst ein Zeichen, wo ein Angebot besteht und, damit einhergehend, ein entsprechendes Entwicklungspotenzial».

Spezielle Kennzeichnung

Beim gemeinsamen Auftritt der fünf Kantone am 12. Juni war allerdings nicht nur von einer Aufnahme der Top-Standorte in die kantonalen Richtpläne die Rede gewesen. So sagte etwa der Solothurner Baudirektor Roland Fürst, die Kantone hätten vereinbart, dass sie die Top-Entwicklungsstandorte als solche im kantonalen Richtplan kennzeichnen wollten. Zudem sollten in den kantonalen Richtplänen gewisse Mindestanforderungen an diese Standorte verankert werden - zum Beispiel Verfügbarkeit, städtebauliche Qualität, Erschliessungsqualität, Schärfung der Nutzungsprofile, Rolle von Kanton und Standortgemeinde. Fürst unterstrich damals, die Standorte seien schon alle in den kantonalen Richtplänen verankert - mit der speziellen Kennzeichnung als Top-Entwicklungsstandorte der Hauptstadtregion würden sie aber besonders hervorgehoben und bekämen so das notwendige Gewicht. Die öffentliche Auflage des revidierten Richtplans steht derzeit noch aus.